



Tel 02227 / 91490  
Fax 02227 / 914925  
franziskushauptschule@t-online.de  
www.franziskusschule-bornheim.de  
**BEETHOVENSTR. 57**  
**53332 BORNHEIM-MERTEN**

Montag, 4. Juli 2011

FRANZISKUS HAUPTSCHULE BORNHEIM  
BEETHOVENSTR. 57, 53332 BORNHEIM-MERTEN

Stadt Bornheim  
Herrn Henseler  
Rathausstr. 2  
  
53332 Bornheim

Stadt Bornheim  
08. JULI 2011  
Rhein-Sieg-Kreis

E. 13.07.2011

*[Handwritten signatures and scribbles]*

**„So wird Inklusion zur Illusion“**

Sehr geehrter Herr Henseler,

anbei erhalten Sie den offenen Brief des Kollegiums der Franziskusschule Bornheim zur weiteren Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

*i.V. Heitmann*  
Heitmann  
-Schulleiterin-

## So wird *Inklusion* zur Illusion!

Überraschend und unvorbereitet erreichte uns erstmals am 17.05.11 die Nachricht, dass nicht nur an der Europaschule Bornheim ab dem kommenden Schuljahr 2011/12 Kinder mit besonderem Förderbedarf unterrichtet werden sollen, sondern auch in der Franziskusschule Merten. Hier haben zwei Elternpaare ihre Kinder mit besonderem Förderbedarf angemeldet, nachdem sie in der Europaschule eine Absage erhielten. In der Gesamtschule werden ab dem neuen Schuljahr fünf Kinder mit besonderem Förderbedarf in einer integrativen Lerngruppe unterrichtet, ein sechstes Kind kommt in eine andere fünfte Klasse. Während die Umsetzung von Inklusion auf Landesebene noch in der Vorbereitung ist, will die Stadt Bornheim schon damit beginnen. Raimund Patt vom Entwicklungsbüro Schulhorizonte lobte die „*Eigeninitiative der Stadt. Zähle Bornheim doch zu den wenigen Kommunen, die das Thema Inklusion selber und sehr früh angepackt haben.*“ (Kölner Stadtanzeiger 16.05.2011).

**Auf allen Ebenen besteht Einvernehmen darüber, dass Leben und Lernen von Menschen mit oder ohne Behinderungen zum gesellschaftlichen Normalfall werden soll. Dies ist auch die einhellige Meinung des Kollegiums der Franziskusschule Bornheim. Inklusion stellt unseres Erachtens dabei aber einen langfristigen Entwicklungsprozess dar, der durchdacht vorbereitet werden muss. Vorkehrungen müssen geschaffen, Weichen Schritt für Schritt gestellt und abgestimmt, erforderliche Ressourcen mit allen Beteiligten abgesprochen und vor allem im Vorfeld bereitgestellt werden.**

Die Entscheidung der Gesamtschule Bornheim, sich mutig auf den Weg zu machen, ist eine Entscheidung, die bereits vor Jahren einvernehmlich im Dialog zwischen Schulleitung, Kollegium und Eltern der Europaschule, der Stadt Bornheim als auch der Bezirksregierung Köln getroffen wurde. Schüler und Eltern konnten somit frühzeitig darüber informiert und darauf vorbereitet werden, nach den Sommerferien Schüler mit unterschiedlichem Förderbedarf an ihrer Schule begrüßen zu dürfen. Ressourcen konnten langfristig gesichert, ein pädagogisches Konzept in Ruhe entwickelt, eine sonderpädagogische Fachkraft gewonnen und Klassen- und Fachlehrer auf ihre zukünftige Aufgabe intensiv vorbereitet werden. Leider konnten aber nicht alle interessierten Kinder mit Förderbedarf an der Europaschule aufgenommen werden, so dass Bürgermeister Henseler noch am 19. März im *Bonner General-Anzeiger* konstatierte, dass die nicht berücksichtigten Kinder statt dessen an der Bornheimer Verbundschule bzw. an Schulen der Nachbarstädte unterkommen würden. Erst vor wenigen Tagen wurde das Kollegium der Franziskusschule Bornheim durch seine Schulleitung darüber informiert, dass zwei der Kinder mit dem Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ nun bereits für das kommende Schuljahr an der Hauptschule in Merten angenommen worden seien. Hierüber hätten sich Schulträger, Bezirksregierung, Schulleitung und die Eltern der beiden Kinder verständigt. Noch vor zwei Wochen äußerte sich der Schulträger so zum Sachverhalt: „*Wir werden alle Potentiale, die in Bornheim im Rahmen der Integration wirksam sind, für das Ziel der Inklusion einsetzen. Wir werden uns die Zeit nehmen, die ein so anspruchsvolles Unterfangen braucht.*“ (Beigeordneter Markus Schnapka am 10.05.2011). Warum der übereilte Verzicht auf eine behutsamere Vorgehensweise, auf bedachte Planung? Wie kam es zum plötzlichen und in unseren Augen überstürzten Sinneswandel der Stadt, der uns nun enorm unter Druck setzt? Vorgespräche mit dem Kollegium oder den Eltern der Franziskusschule fanden diesbezüglich jedenfalls bis heute nicht statt. Wir sind der Meinung:

**„Inklusion lässt sich nicht verordnen!“<sup>1</sup>**

Wir alle stehen vor dem Dilemma, dass von uns erwartet wird, diese Kinder ab kommendem Schuljahr behindertengerecht und individuell zu fördern, obwohl wir wissen, dass wir damit heillos überfordert sein werden! Wie sollen wir diese zusätzliche Aufgabenstellung bewältigen, für die wir überhaupt nicht ausgebildet, nicht unterstützt, auf die wir nicht vorbereitet sind? Sind wir als Lehrkräfte, die nun

<sup>1</sup> G. Rothkegel, Schulleiterin d. Verbundschule Bornheim in ihrem Vortrag „Förderschule(Schule) im Wandel“, am Tag der Inklusion in Bornheim, am 10.05.2011, S. 1

einmal keine Sonderpädagogen sind, rechtlich gegen unvorhersehbare Zwischenfälle im Unterricht oder auf dem Schulhof rechtlich abgesichert?

Die Zeitspanne, die uns bis zum kommenden Schuljahr noch bleibt, um dringend notwendige Vorbereitungen (Diagnostik, Fördermaßnahmen, Beratung, Team-Teaching, Entwicklung eines Pädagogischen Konzeptes etc.) zu treffen, ist viel zu kurz! Dies wird zu überstürzt herbeigeführten, pädagogisch unverantwortlichen und für alle Beteiligten unbefriedigenden Ergebnissen führen! **Eine bloße Platzierung dieser Kinder in der Regelklasse wäre aber unverantwortlich, weil damit Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lediglich im Status von „Beistellkindern“<sup>2</sup> verharren würden.**

Zur Zeit können wir an unserer Schule auf kein den Lernbedürfnissen aller Schüler gerecht werdendes Inklusionskonzept zurückgreifen, da wir uns noch bis vor Kurzem mit ganzer Kraft dem Konzept einer *Gemeinschaftsschule Bornheim* gewidmet hatten. Modelle gemeinsamen Unterrichts sollten aber nicht von oben vorgegeben, sondern von der schulischen Basis her entwickelt werden. Hierzu bedarf es der nötigen Vorlaufzeit.

Durch langfristig angelegte Fortbildungs- und Weiterbildungsveranstaltungen sollte der von der UN-Behindertenrechtskonvention eingeforderte Bewusstseinsprozess so weiterentwickelt werden, „*dass die individuelle Bereitschaft zur Mitgestaltung eines inklusiven Unterrichts langfristig zu einer Selbstverständlichkeit wird*“<sup>3</sup> Dies bedarf ebenfalls eines ausreichenden zeitlichen Vorlaufs.

Schulen haben keinen rechtlichen Anspruch auf die Umsetzung der UN-Konvention und auf finanzielle Unterstützung für den barrierefreien Umbau und zusätzliches Personal. Inklusion steht und fällt aber mit den Ressourcen, die unbedingt vor der Implementierung Gemeinsamen Unterrichts verfügbar sein müssen! Schulverwaltung und Schulträger sind daher aufgefordert, finanzielle, personelle, räumliche und sächliche Voraussetzungen bereit zu stellen. Wann soll dies geschehen? Wie soll dies finanziell, trotz Nothaushalt, umgesetzt werden? In diesem Zusammenhang sollte man nicht vergessen, dass wir seit nunmehr zwei Jahren auf die uns zugesagte Fertigstellung der Mensa für unsere Ganztagskinder warten. Wie lauten die verbindliche Zusagen? „*Inklusion zum Nulltarif kann es nicht geben!*“<sup>4</sup>

Woher sollen die Sonderpädagogen kommen? Die gesetzlich zugesicherten minimalistischen Stundendeputate sonderpädagogischer Förderung (4,6 Wochenstunden pro Kind mit Förderbedarf) werden nicht ausreichen, damit sich das behinderte Kind aufgrund veränderter Bedingungen im großen System behaupten und orientieren kann. Zudem wird nicht jeder Sonderpädagoge freiwillig zum pendelnden „Stunden-Feuerwehrmann“. Zwangsweise abgeordnete Kollegen sind wenig motiviert!

Wir halten es in diesem Zusammenhang auch für falsch, die soziale Integration der behinderten Kinder alleine in den Vordergrund zu stellen und die Qualität integrativen Unterrichts völlig in den Hintergrund zu rücken. Die Qualität des Unterrichts muss aber der der Förderschule entsprechen! Die Erfahrungen unserer KollegInnen der Förderschulen, die sich seit Jahren mit großem Engagement und fachlicher Kompetenz erfolgreich für Jugendliche mit Behinderungen einsetzen, zeigen doch gerade, dass Kinder im Gemeinsamen Unterricht allzu oft nur verwahrt werden und in ihrer Behinderung keinen Kontakt und Austausch mit ihresgleichen erfahren. Hier stößt Individuelle Förderung durchaus auch an seine Grenzen, vor allem dann, wenn optimale Rahmenbedingungen für einen qualifizierten integrativen Unterricht nicht gegeben sind!

Auf der anderen Seite darf Inklusion nicht dazu führen, dass Aufgabenstellungen der allgemein bildenden Schule vernachlässigt werden. „*Eltern einer integrativen Klasse berichteten, dass sie sich gar*

---

<sup>2</sup> Prof. K. Jacobs, Vorsitzender des Kommunalen Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung der Kreisstadt Hofheim am Taunus, *Der steinige Weg zur inklusiven Schulbildung – Probleme, Hemmnisse, Chancen*, S. 2

<sup>3</sup> Prof. K. Jacobs, s.o., S. 1

<sup>4</sup> G. Rothkegel, s.o., S. 4

*nicht trauen würden, sich über das permanente Störverhalten eines behinderten Kindes zu äußern, weil sie sonst als behinderten-feindlich abgestempelt würden.“<sup>5</sup>*

Inklusive Schulbildung benötigt eine hinreichende Unterstützung durch die Elternschaft sowohl der behinderten als auch der nichtbehinderten Schüler, bedarf verringerter Klassenstärken und zusätzlicher Lehrpersonen – Zweitlehrer, Förderschullehrer, Unterrichtshilfen, Schul- bzw. Integrationshelfer. Außerdem wird ein breites, funktionierendes Unterstützersystem (Psychologen, soziale Dienste, Jugendpsychiatrie etc.) vonnöten sein. Das zusätzliche Stundendeputat von 0,2 Planstellen (= 5,6 Wochenstunden) aus dem Hauptschulkapitel bei zieldifferentem Unterricht ist hierbei nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Wie sollen die fachlich qualifizierten Personen und Dienste in der Kürze der Zeit rekrutiert werden? Wer wird sie finanzieren?

Integrative Beschulung sollte nicht nur dem Elternwillen gerecht werden, sondern muss die Bedürfnisse und das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellen. „*Wer glaubt, dass es ausreicht, die allgemeine Pädagogik um ein paar Anteile aus der Sonderpädagogik zu erweitern und erreiche damit inklusive Bildung, ist auf dem Holzweg*“,<sup>6</sup> kritisierte Barbara Vieweg, Vorsitzende des Sprecherrats im Deutschen Behindertenrat. Sollte der momentan eingeschlagene Weg überstürzter Entscheidungen und Anweisungen beibehalten werden, wird Inklusion tatsächlich zur Illusion!

## DAS KOLLEGIUM DER FRANZISKUSSCHULE

08. Juni 2011

---

<sup>5</sup> G. Rothkegel, s.o., S. 2

<sup>6</sup> B. Vieweg, Stellungnahme der Verbände zu den KMK-Empfehlungen“ Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen“ vom 03.12.2010